

Thomi Jourdan
Regierungsrat
Bahnhofstrasse 5
4410 Liestal

Liestal, 21. September 2023

Versand per E-Mail: urs.knecht@bl.ch

Vernehmlassungsantwort Teilrevision des Gesundheitsgesetzes; Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Jourdan
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme vom 30. Juni 2023 zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes; Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Gerne nehmen wir hiermit Stellung:

Die FDP.Die Liberalen Baselland begrüsst in Summe die Änderung des Gesetzes, welche den gerichtlichen Entscheiden zufolge zwingend erforderlich ist.

Der Kanton Basel-Landschaft weist mit Rang 22 von 26 eine der höchsten mittleren Krankenkassenprämien aller Kantone auf. Es ist demnach richtig, dass sich der Regierungsrat zum Ziel gesetzt hat, den Anstieg der Gesundheitskosten im stationären wie auch im ambulanten Bereich durch regional koordinierte Massnahmen zu dämpfen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind zu schaffen. Dazu gehört eine konsequente Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben betreffend die Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Gesetz bilden die bisherige Absicht des Regierungsrats zur ambulanten Zulassungssteuerung ab und formulieren diese nun auf Gesetzesstufe.

Aufgrund der Erfahrungen mit der Einführung der ersten, nun aufgehobenen Verordnung zur Zulassungssteuerung schlägt die FDP bei der anstehenden Teilrevision folgende Ergänzungen **mit Verankerung auf Gesetzesstufe** vor:

- Die betroffenen Leistungserbringerkreise sind zwingend und frühzeitig in die Evaluation der Obergrenzen, resp. Höchstzahlen einzubeziehen
- Die Evaluation der Obergrenzen, resp. Höchstzahlen muss zwingend durch die «externe Fachkommission GGR» beurteilt werden
- Die Zulassungsbeschränkung darf für den Kanton Baselland keinesfalls zu einem Standortnachteil in Bezug auf die Versorgungssicherheit der Kantonsbevölkerung führen (lokale Attraktivität sichern für das Aus- und Weiterbildungsangebot für Ärzte und Ärztinnen, Berufsperspektiven, Übernahme bestehender Praxen)

- Die Zulassungssteuerung muss in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen für bestehende Praxen und bestehende spitalambulante Strukturen verhältnismässig sein.

Wir sehen in obigen Punkten wichtigen Verbesserungsbedarf und bitten die Regierung, dies in der Landratsvorlage anzupassen.

Mit diesen Verbesserungsanträgen stimmt die FDP der Vorlage zu.

Mit freundlichen Grüssen

FDP.Die Liberalen Baselland



Ferdinand Pulver
Präsident



Andreas Dürr
Fraktionspräsident

Ersteller: Sven Inäbnit, Landrat